

## 1.2NEU2 Weil gutes Korn nicht vom Himmel fällt: Landwirtschaft

Antragsteller\*in: Clemens Rostock (Lavo)

Tagesordnungspunkt: 1. ÖKOLOGISCH und NACHHALTIG - damit Brandenburg grüner wird

5 Wir streiten für eine vielfältige, in der Region verankerte ökologische Landwirtschaft, die unsere  
6 Ressourcen schützt, gesunde Lebensmittel und faire Einkommen für die Landwirt\*innen hervorbringt,  
7 unsere Kulturlandschaft pflegt und achtsam mit den Tieren umgeht. Die Voraussetzungen dafür sind sehr  
8 gemischt: Einerseits machen sich viele Betriebe auf den Weg, gibt es exzellente Agrarforschung, fragen  
9 Brandenburger und Berliner Verbraucher\*innen immer mehr ökologisch, regional und tiergerecht erzeugte  
10 Produkte nach.

11 Andererseits haben vierzig Jahre DDR-Agrarpolitik mit Zwangskollektivierung, rücksichtslosen Maßnahmen  
12 zur sogenannten „Bodenverbesserung“ (Melioration) und Höchstertragskonzeption eine Landwirtschaft  
13 hervorgebracht, die beträchtlich an der Substanz des Bodens zehrte. In den knapp dreißig Jahren danach  
14 hat sich in weiten Teilen des Landes an diesem Zustand wenig geändert. Die Fruchtbarkeit vieler Böden  
15 nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird  
16 durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der  
17 offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Auf die in Folge der Klimaerhitzung zunehmenden  
18 Wetterextreme ist die Landwirtschaft im Land kaum vorbereitet. Auch nimmt sie ihre Verantwortung bei  
19 der Reduzierung von Klimagasen nicht ausreichend wahr.

20 Der „Brandenburger Weg“ in der Landwirtschaft bedeutet seit 1990 Verteidigung der konventionell  
21 wirtschaftenden Großbetriebe und Ausbau der industriellen Massentierhaltung. Der Ausbau des  
22 Ökolandbaus stagniert seit Jahren, die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem. Höchste Zeit für eine  
23 zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der kommenden  
24 Generationen orientiert! Mit einer fortschrittlichen Agrarpolitik und einer ökologischer orientierten  
25 Verteilung der Subventionen wollen wir Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen einander näher bringen.  
26 Den Landwirt\*innen wollen wir tragfähige Perspektiven in der regionalen und ökologischen Vermarktung  
27 eröffnen, denn wir brauchen sie sowohl als Akteure für eine nachhaltige Landwirtschaft, als auch als  
28 Impulsgeber\*innen für die regionale Entwicklung.

### 29 **Ökologische Landwirtschaft voranbringen**

30 Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den  
31 Hauptursachen für das Artensterben. Wir streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne  
32 Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm  
33 wollen wir den Einsatz von Ackergiften deutlich reduzieren: Als ersten Schritt wollen wir den Einsatz von  
34 Glyphosat auf Landesflächen verbieten. Wir wollen Beratung und Förderung für Alternativen beim  
35 Pflanzenschutz ausbauen. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten wollen wir den Einsatz von Pestiziden  
36 ganz ausschließen. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von  
37 blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen stärken wir. Auf dem Weg in eine vollständig ökologische  
38 Landwirtschaft unterstützen wir auch konventionelle Betriebe, die in bewusster Abkehr vom Leitbild einer  
39 industriellen Landwirtschaft auf ihren Bauernhöfen naturschonend wirtschaften.

40 Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen,  
41 ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der  
42 Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Die europäische Agrarpolitik muss den umweltgerechten,  
43 klimafreundlichen Umbau der Landwirtschaft voranbringen. Wir wollen jeden Euro der Agrarförderung auf  
44 das Erbringen öffentlicher Leistungen in den Bereichen Klima, Natur- und Umweltschutz, Tierwohl und die  
45 Stärkung der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft konzentrieren. Die Vorschläge der  
46 EU-Kommission zu reduzierten Flächenprämien ab 60.000 Euro pro Betrieb und zur Einführung

47 betriebsbezogener Obergrenzen von 100.000 Euro bei den Direktzahlungen unterstützen wir.  
48 Landwirtschaftsunternehmen müssen von ihren Erträgen leben können, deshalb streben wir langfristig  
49 eine Abschaffung der heutigen Flächenprämien an.

50 Die Möglichkeiten zur Junglandwirteförderung wollen wir vollständig nutzen und auf alle  
51 Neugründer\*innen unabhängig vom Alter ausweiten. Die Liberalisierung der Agrarmarktpolitik und die  
52 Fixierung auf den Weltmarkt haben die wirtschaftliche Situation der Landwirt\*innen eher verschlechtert  
53 als verbessert. Wir wollen daher Maßnahmen ergreifen, um regionale Qualitätsmärkte zu erschließen und  
54 die Stellung der Landwirt\*innen in der Wertschöpfungskette zu verbessern. Zudem muss die sogenannte  
55 gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet  
56 werden: Sie soll unter anderem Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und  
57 dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.

58 Gentechnik in der Landwirtschaft forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen  
59 eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir wollen die freiwilligen Zusammenschlüsse von  
60 landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen. Das klare  
61 Urteil des europäischen Gerichtshofs, dass auch die sogenannte "Genschere" und andere neue  
62 Gentechnikmethoden unter das bestehende Gentechnikrecht fallen, begrüßen wir ausdrücklich. Nur so  
63 können das Vorsorgeprinzip umgesetzt und die Wahlfreiheit für Verbraucher\*innen und Landwirt\*innen  
64 garantiert werden. Versuchen, das Gentechnikrecht abzuschwächen, werden wir entschieden  
65 entgegentreten. Auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung  
66 von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und  
67 Tiere ein.

#### 68 **Grünes Klima für Gründung und Hofnachfolge schaffen**

69  
70 Landwirtschaftliche Unternehmen sowie Obst- und Gartenbaubetriebe sind für den Erhalt ländlicher  
71 Strukturen unverzichtbar. Für eine Vielzahl von Unternehmen steht in den nächsten Jahren eine  
72 Hofübergabe an, bei rund Zweidritteln ist diese noch nicht geklärt. Gleichzeitig nimmt die Zahl  
73 Gründungswilliger zu. Hier braucht es politische Unterstützung, um Neu-Gründungen und Hofübergaben zu  
74 begleiten. Wir wollen dazu eine "Gründungs- und Hofnachfolgestrategie für die Landwirtschaft" entwickeln.  
75 Mit der Einrichtung einer "One-Stop-Agentur" wollen wir die bürokratischen Hürden für Gründungswillige  
76 möglichst niedrig halten. Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowohl für das Thema Hofnachfolge als  
77 auch für Neugründungen wollen wir zielgerichtet ausbauen.

78  
79 Wer neu gründen will, braucht Zugang zu Land. Die Art der Bodenprivatisierung durch die  
80 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) befördert die Preistreiberei für landwirtschaftliche  
81 Flächen und deren Konzentration in immer größeren Betrieben und steht so einer regional verankerten  
82 bäuerlichen Landwirtschaft entgegen. Wir wollen daher Transparenz bei der Bodenvergabe schaffen und  
83 sozial-ökologische zum Maßstab der Vergabe machen. Wir wollen mit dem Bund über die Überführung  
84 aller BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandeln und diese als Grundstock für eine landeseigenen  
85 Siedlungsgesellschaft nutzen. Solange dies noch nicht erreicht ist, wollen wir die Überarbeitung der  
86 Vergabe-Regeln für BVVG-Flächen zu Gunsten von Junglandwirt\*innen sowie Existenzgründer\*innen  
87 einfordern. Wir wollen mit den Verbänden ein Agrarstrukturgesetz erarbeiten, um den Erwerb von  
88 landwirtschaftlichen Flächen und Anteilen an Landwirtschaftsbetrieben durch außerlandwirtschaftliche  
89 Investoren zu erschweren und die Funktion des Bodenmarkts zugunsten ortsansässiger Betriebe zu  
90 verbessern. Landeseigene Agrarflächen wollen wir grundsätzlich nicht mehr verkaufen. Die in den 90er  
91 Jahren vom Land enteigneten Neusiedlerflächen wollen wir an deren Erben zurückgeben.

92  
93 Als Teil unserer Wirtschafts- und Agrarpolitik wollen wir in Brandenburg die Anzahl verarbeitender Betriebe  
94 wie Molkereien, Saftpressen und Getreidemöhlen erhöhen, damit möglichst viele Produkte unmittelbar in  
95 der Region weiterverarbeitet werden können. Auf diese Weise wollen wir Transportwege in den

96 Handelsketten verkürzen, regionale Vermarktung fördern und gut bezahlte Arbeitsplätze nach Brandenburg  
97 holen.

### 98 **Massentierhaltung stoppen**

99 Brandenburg verfügt bundesweit über überdurchschnittlich große Tierhaltungsanlagen. Sauen werden in  
100 Kastenstandhaltung eingepfercht, ein Huhn lebt in der Regel mit 24 Artgenossen auf nur einem  
101 Quadratmeter. Die Riesenstrukturen der industriellen Massentierhaltung begünstigen Verstöße gegen die  
102 ohnehin laxen Nutztierhaltungsverordnungen und erschweren ein effektives Vorgehen gegen Missstände. Sie  
103 führt systembedingt zu einem enormen Verbrauch von Antibiotika, was die Bildung multiresistenter  
104 Keime befördert und letztlich auch die Wirksamkeit von Antibiotika in der Humanmedizin gefährdet.  
105 Außerdem sind durch die Abluft bzw. mangelhafte Filter die Anwohner\*innen von verunreinigter und  
106 teilweise kontaminierter Abluft betroffen. Zudem konzentriert sie die Umweltbelastung rund um die  
107 Megaställe. Dort fallen durch industrielle Massentierhaltung riesige Mengen an Tierkot an, die unser  
108 Grundwasser immer stärker mit Nitrat-, Phosphat und Schwermetallen belasten. Der Import von  
109 Futtermitteln aus Soja-, Palmöl- und anderen Plantagen mit Monokulturen hat katastrophale Folgen für  
110 Mensch und Umwelt in den Herkunftsländern. Unser Export von subventionierten landwirtschaftlichen  
111 Erzeugnissen zu Dumpingpreisen zerstört zugleich lokale Märkte in Afrika und Asien und trägt zum Hunger  
112 in der Welt bei.

113 Die rot-rote Landesregierung war bislang unwillig etwas an diesen Zuständen zu ändern. Schlimmer noch,  
114 sie förderte den weiteren Ausbau der industriellen Tierhaltung allein seit 2009 mit über 70 Millionen Euro,  
115 flankiert durch eine großzügige Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt. Dies gilt im Übrigen  
116 auch für Schlachthöfe. Erst durch den gemeinsamen Druck durch die lokale Bürgerinitiative und uns  
117 musste der Wiesenhof-Schlachthof in Königs Wusterhausen die Schlachtungen auf das genehmigte Maß  
118 zurückschrauben. Die Menschen in Brandenburg haben mit dem erfolgreichen Volksbegehren gegen  
119 Massentierhaltung Anfang 2016 mit 104.000 Unterschriften deutlich gezeigt, dass sie eine andere  
120 Tierhaltung in Brandenburg wollen. Der hieraus resultierende Kompromissbeschluss des Landtags hat  
121 einige Forderungen des Volksbegehrens aufgegriffen, ohne jedoch eine Neuausrichtung der  
122 Landwirtschaftspolitik erreichen zu können. Für uns sind die Forderungen des Volksbegehrens und die  
123 Umsetzung des Tierschutzplans eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der zukünftigen  
124 Landwirtschaftspolitik.

125 Um die Massentierhaltung zu überwinden wollen wir in Brandenburg alle uns zur Verfügung stehenden  
126 Instrumente nutzen. Dazu gehören unter anderem die Überarbeitung des Landesimmissionsschutzrechts  
127 und der Brandenburgischen Bauordnung für mehr Brandschutz. Um Tierschutzverletzungen schon früh zu  
128 verhindern wollen wir den Tierschutzverbänden ein Kontrollrecht gegenüber den Genehmigungsbehörden  
129 einräumen (Verbandsklagerecht). So wollen wir den Tierschutz bereits bei Genehmigungsverfahren zur  
130 Geltung zu bringen und diesen im Betrieb auch sicherstellen. Wir wollen zudem deutlich mehr  
131 Tierschutzkontrollen. Bisher werden Tierhaltungsbetriebe in Brandenburg im Durchschnitt nur alle 16,5  
132 Jahre kontrolliert, mit Ankündigung und nur in Teilbereichen. Auch bei Tiertransporten wollen wir mehr  
133 Kontrolle. Nur 0,4 Prozent der Tierschutzkontrollen bei Tiertransporten finden auf der Straße statt. Doch  
134 alle gesetzlichen Vorschriften sind nur hohle Worte, wenn Sie in der Realität nicht durchgesetzt werden.  
135 Dafür wollen wir die Kontrollen deutlich ausweiten und Tiertransporte in Länder außerhalb der EU  
136 solange aussetzen, bis der gesetzlich vorgeschriebene Tierschutz gewährleistet werden kann. Wir lehnen  
137 aber auch Tiertransporte innerhalb der EU ab, bei denen lebende Tiere auf langen Strecken zu  
138 Megaschlachtfabriken transportiert werden.

139 Vor allem aber wollen die Alternativen zur industriellen Massentierhaltung voranbringen: Mit einer  
140 Neuausrichtung der Agrarinvestitionsförderung sollen nur noch Betriebe gefördert werden, die  
141 umweltverträglich und nach strengen Tierschutzstandards arbeiten. Wir wollen die Freilandhaltung  
142 insbesondere von Rindern, Schafen, Hühnern und Schweinen fördern. Hier wollen wir die  
143 Baugenehmigungspflicht für mobile Hühnerställe wie in anderen Bundesländern abschaffen. Damit Tiere  
144 möglichst wenig leiden und der Transport begrenzt wird, wollen wir die mobile Schlachtung als Alternative

145 voranbringen. Die extensive Schweinefreilandhaltung mit vom Aussterben bedrohten alten Haustierrassen  
146 trägt durch das Offenhalten von Kulturlandschaften zur Landschaftspflege bei und steigert den  
147 touristischen Wert ländlicher Räume. So produzieren wir nicht nur gesundes Fleisch, sondern stärken  
148 zugleich die Attraktivität unserer Region und erhöhen die Artenvielfalt.

149 Klar ist aber auch: Die industrielle Massentierhaltung kann nicht von Brandenburg allein überwunden  
150 werden. Bundesweit setzen wir uns dafür ein, flächengebundene Tierhaltung zur Regel zu machen: Nur  
151 Betriebe, die ihr Futter überwiegend selbst erzeugen, sollen eine baurechtliche Privilegierung als  
152 landwirtschaftlicher Betrieb bekommen. Als Zwischenschritt wollen wir absolute Tierzahlen-Obergrenzen  
153 für Ställe einführen, die sich mindestens an den Vorgaben der ökologischen Anbauverbände sowie des  
154 Deutschen Tierschutzbundes orientieren. Wir wollen eine konsequente Anwendung des bestehenden  
155 Tierschutzrechtes und der EU-Tierschutzvorgaben in der Landwirtschaft durchsetzen. Tiere dürfen nicht  
156 länger an die Ställe angepasst werden, sondern Ställe müssen den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden.  
157 Das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen muss ebenso beendet werden wie das Kürzen von Schnäbeln  
158 beim Geflügel und das Enthornen von Rindern. Ebenso wollen wir einen schnellen Ausstieg aus der  
159 Kastenstandshaltung für Sauen. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln lehnen wir ab.

### 160 **Wir retten die Bienen!**

161 Bienen und andere Insekten sind für unser Ökosystem und insbesondere für unsere Ernährung  
162 unverzichtbar. Die von Monokulturen geprägte Landwirtschaft entzieht ihnen jedoch zunehmend ihre  
163 Nahrungsgrundlage und zerstört ihre Lebensräume. In Kombination mit dem massiven Einsatz von  
164 Ackergiften und der Überdüngung ist die Artenvielfalt von Wildbienen und Insekten massiv bedroht,  
165 gleiches gilt für die Honigbienenvölker. Eine extensive oder ökologische Landnutzung hingegen schafft  
166 eine funktionierende Symbiose zwischen Imkerei und Landwirtschaft. Vielfältige Fruchtfolgen,  
167 Randstreifen, Hecken, Steinhäufen und andere Strukturelemente sowie der Verzicht auf Pestizide und  
168 Gentechnik sind unverzichtbare Elemente einer insektenfreundlichen Landwirtschaft.

169 Um Lebensräume für Insekten zu schaffen und die Nahrungsgrundlage zu verbessern wollen wir  
170 Förderprogramme zur Anpflanzung von Blühstreifen, Randstreifen, extensivem Grünland, Obst-Baumreihen  
171 und Gehölzen auflegen und ausweiten sowie die Umstellung auf Ökolandbau besser fördern. Den Einsatz  
172 von Pestiziden wollen wir durch Forschung, Beratung und Förderung deutlich reduzieren, um mittelfristig  
173 komplett auf sie zu verzichten. Zugleich müssen Bienenweidepflanzungen auf öffentlichen Flächen und  
174 Zwischenfruchtaussaaten nach der Getreideernte gefördert werden. Auf Gebäuden der Landesverwaltung  
175 und -behörden wollen wir das Aufstellen von betreuten Bienenvölkern unterstützen und werden intensive  
176 Zusammenarbeit mit regionalen Imkerverbänden anregen. Das Neuimker\*innen-Programm des Landes  
177 wollen wir ausbauen.

178

### 179 **Brandenburgs Landwirtschaft für die Heiszeit wappnen**

180

181 Brandenburgs Landwirtschaft ist im europäischen Vergleich vor allem aufgrund der besonders armen  
182 Böden überdurchschnittlich heftig von der Klimaerhitzung betroffen. Die Extremwetterschden nehmen  
183 jährlich zu, die Kompensationszahlungen aus dem Landeshaushalt haben in den letzten Jahren zweistellige  
184 Millionenbeträge erreicht. Gleichzeitig gibt es kaum Landesmittel und Beratung zur Klimaanpassung,  
185 ebensowenig zur Reduzierung von Klimagasen. Wir wollen ein umfassendes Klimafitnessprogramm für die  
186 Brandenburger Landwirtschaft auflegen und viele Maßnahmen wie ökologischen Landbau,  
187 Humusaufbauprojekte, Gewässerrandstreifen, Heckenpflanzungen, Bewsserungstechniken oder Weinbau  
188 bündeln und mit großen Schritten voranbringen.